

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Marquardt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Hermann Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Schrage, Magdeburg. Geschäftsstelle: Fabianstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Mühlstraße 3, Fernsprecher 961. — Prämumerende zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljähr. (inkl. Frachtposten) 2 M. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preisband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 M., 2 Exempl. 2.90 M. In der Expedition und den Ausgabestellen beliebig 2 M., monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 czt. Bestellgeb. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Inserationsgebühren die sechsgehaltene Zeile 15 Pf. Vollzeitspalt Nr. 789

Nr. 117.

Magdeburg, Freitag, den 23. Mai 1902.

13. Jahrgang.

Die Einheitschule.

Unser g-Beichterstatter schreibt uns aus Halle, 21. Mai, über den Fortgang der Beratungen auf der 4. General-Versammlung des Landesvereins preussischer Volksschullehrerinnen:

Ein wahrheitsgetreues Bild des Klassenstaates, wie es von unserer Seite kaum treffender gezeichnet werden kann, entrollte Fräulein Maria Wischnowska aus Spandau in dem Vortrage über das Thema: „Warum ist die Einheitschule eine soziale, nationale und pädagogische Notwendigkeit.“

Die drei größten Faktoren auf diesem Gebiete sind der Nationalismus, der Sozialismus und die pädagogische Wissenschaft. Letztere ist der schwächste Faktor, der mit der Staatsmacht verbundene Nationalismus hingegen der stärkste. Diesem gegenüber tritt aber mit wachsender Kraft der auf die Naturwissenschaft gestützte Sozialismus. Ohne Unterschied der Bildung des Standes und des Geschlechts sollten die Schüler und Schülerinnen zunächst mindestens vom 6. bis 12. Jahre gleichmäßig unterrichtet werden. Die Kinder der Armen müssen aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden; denn die Errungenschaften der Kultur dürfen nicht nur einem Teil des Volkes zu gute kommen. Wir leben in einer Zeit der Klassengegensätze und der Klassenunterschiede. Not, Neid und Haß auf der einen, übermäßige Genußsucht, Stolz und Hochmut auf der anderen Seite. Die Kinder der Armen kommen unter ganz anderen Verhältnissen zur Welt, als die Kinder der Reichen. Eine große Kluft thut sich da auf. Die Kinder der Armen verlangen nach Bildung und der pöbelhafte Hochmut der Besitzenden wächst von Tag zu Tag. So lange die Kinder der Reichen nach rechts und die Kinder der Armen nach links gehen müssen, werden die Klassengegensätze natürlich nicht verschwinden. Sagt sich denn das Kind des Arbeiters nicht: „Ich bin ebenso gut ein Mensch wie Du?“ Der Verkehr der armen Kinder mit den Kindern der Reichen wird darauf hinwirken, daß der Luxus und die Verzehrungssucht bei den Besitzenden eingedämmt wird. Das wären gute Lehren für die Besitzenden. Die Krönung des sozialen Wertes müßte sein, daß die armen begabten Kinder auf Staatskosten in höheren Schulen weiter ausgebildet werden.

Die Volksschullehrerin weiß zu würdigen, welche Begabung in den untersten Schichten der Bevölkerung schlummert; deshalb ist die Freigabe der höheren Bildungsanstalten für arme begabte Kinder notwendig. Die unbegabten Kinder der Wohlhabenden brauchen nicht die höheren Bildungsanstalten belasten; diese Kinder können sich anderen Berufen zuwenden. Mit den Sonderrechten für Bildung und Besitz müsse aufgeräumt werden. Die allgemeine Schulpflicht, die Wehrpflicht und auch das allgemeine Wahlrecht zielen auf die Einheitlichkeit der Schulen hin. Bildung ist notwendig.

Wer aber andere belehren soll, muß die, die er belehren soll, verstehen. Wie oft fehlt das aber bei denen, die da die geistige Belehrung erteilen sollen. Mit Schrecken blicken sie auf die Organisation der Arbeiter, vollständig verkennend, wie viel Idealismus, wie viel Begeisterung in den Bestrebungen darinnen steckt. Für die deutsche Flotte haben sie viel mehr Interesse als für die Gesetzgebung Solons. Die Buren erscheinen ihnen viel interessanter, als die Verhältnisse im Heimatland. Da wird der Internationalismus der Arbeiter beklagt und gesagt, die sozialistischen Führer sind daran schuld. Dieses ist sehr leicht gesagt, aber gerecht ist es nicht. Der deutsche Bürger mag sich zunächst einmal an seine Brust schlagen; er ist durch sein erbärmliches Paktieren in fremden Ländern auf dem Wege des Internationalismus vorangegangen.

Rednerin weist dann auf Norwegen hin, wo die Einheitschulen meistens konsequent durchgeführt sind. Die Kastenschulen sind ein Hindernis der Pädagogik und sie verschärfen die Klassenunterschiede. Kinder der Besitzenden, die sich moralisch vergangen haben, werden von den höheren Schulen weggenommen und dann der Volksschule zugeteilt. Die besseren Schulen werden viermal, die Volksschulen zweimal pro Woche gereinigt. Durch die engen Klassenräume und die hohe Frequenz — zuweilen 70 bis 80 Kinder in einer Klasse (zuweilen auch 170, 180, ja über 200 Kinder! D. Red.) — wird den Kindern der Armen das Wohnungselend zum zweiten Male auferlegt. Die schärfere Disziplin macht den Kindern in der Volksschule den Unterricht schwerer und die Ferien werden den Kindern der Armen noch durch die mangelhafte Ernährung verkümmert.

Der deutschen Frau, die bisher von allem ausgeschlossen war, gebe man die Entwicklungsmöglichkeit. Ferner Sorge man dafür, daß der Arbeiter in den Stadtparlamenten mehr mitzureden hat. Durch das heutige Steuerwesen ist die Gleichberechtigung der Arbeiter ausgeschlossen. Mißstände tüge man öffentlich. Die Rednerin schließt dann

mit den Worten, auf unsere Fahne sei geschrieben, die Pflanze der Volksschule, aber es genüge nicht, nur Wohlthaten zu thun, damit beseitigt man keine Klassengegensätze. Es gelte, die Art an den Baum zu legen. Und bietet sich ein Hindernis, so sage man: „Hier ist Rhodus, hier springe.“

Stürmischer Beifall belohnte die vorzüglichen Ausführungen der Rednerin. Die Diskussion wurde von den Lehrerinnen im Sinne des Vortrages geführt; zwei Halle'sche Schuldirektoren erklärten sich aber, um ja nur bei der Regierung nicht anzuecken, gegen die Einheitschule und gegen die gemeinsame Erziehung der Geschlechter. Die große Majorität der Lehrerinnen beschloß aber eine Resolution im Sinne des Vortrages und lehnte die „Belehrung“ der Männer ab. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 22. Mai 1902.

Graf Paul von Sodenbroeck

bestätigt in einer zweiten Zuschrift an den „Vorwärts“, daß die gestern schon von uns vermuteten Gründe über seine gegen 1894 veränderte Stellung zur Sozialdemokratie die richtigen sind. Auf die Angriffe der bürgerlichen Blätter, die insbesondere im Anschluß an den von der „Kölnischen Volkszeitung“ ausgegrabenen Kreuzzeitungs-Artikel und einen gleichfalls 1894 von Sodenbroeck in der „Zukunft“ veröffentlichten Artikel gegen die Sozialdemokratie erfolgten, schreibt der Graf:

Ich freue mich, diese beiden Auslassungen als unreife und völlig unrichtige Jugendarbeiten öffentlich zu bezeugen zu können. Ich nenne sie Jugendarbeiten: denn obwohl ich, als ich sie schrieb, 42 Jahre alt war, sind es doch recht eigentlich Jugendarbeiten, geschrieben mit der Unkenntnis und dem Unverständnis über die tatsächlichen Verhältnisse, die der Jugend eigen. Erst etwas über ein Jahr war ich damals, im Jahre 1894, aus der Abgeschlossenheit des Jesuitenordens herausgetreten. Meine Kenntnis, die ich damals von der Sozialdemokratie hatte, war eine von der jesuitisch-ultramontanen Erziehung, der ich bis zum 42. Jahr unterstanden hatte, wesentlich beeinflusste. Dies alles mit einem Schläge abzutreiben, ist unmöglich. Erst allmählich, als ich lernte, mit eignen Augen und nicht durch die Brille einer lebenslangen Erziehung und Gewöhnung Dinge und Verhältnisse zu betrachten, lernte ich auch die vielfach verbreitete thörichte Furcht vor der Sozialdemokratie richtig einschätzen, und dieser richtigen Einschätzung habe ich seither schon wiederholt öffentlich Ausdruck gegeben (z. B. mein Werk: „Der Ultramontanismus“, S. 243 ff.). Ich will aber auch von Ihnen nicht mißverstanden sein. Ein Sozialdemokrat bin ich nicht. Mein sozialer Standpunkt ist kurz der: geistige und materielle Hebung der arbeitenden Klassen; Anerkennung und Förderung der Bewegung, die auf dieses Ziel gerichtet ist; Ueberzeugung, daß der geistig und materiell gehobene Arbeiterstand ein wesentlicher Kulturfaktor ist, geeignet, das Glück nicht nur des eigenen, sondern auch der übrigen Völker nach Möglichkeit sicher zu stellen.“

Hierzu bemerkt der „Vorwärts“: „Für die geistige Entwicklung des ehemaligen Jesuiten ist es jedenfalls von Vorteil gewesen, daß er sich von jenen unsäglichen Anschauungen losgelöst hat, die er in dem erwähnten 1894er Artikel der „Kreuz-Zeitung“ zum Ausdruck gebracht hat. . . . Wenn seine ehemaligen Freunde ihn wegen dieser Wandlung schmähen, so ist das nur ehrenvoll für ihn.“ —

Ein Kabinettswechsel in Frankreich bevorstehend.

Der Pariser „Temps“ teilte gestern in aller Form mit, daß Waldeck-Roussseau Herrn Loubet noch vor dessen Abreise seinen Entschluß anzeigte, seine Demission zu geben. Man würde erwarten, daß das neue Kabinett ernannt wird, bevor noch die Kammer Gelegenheit zu einer politischen Abstimmung gehabt haben wird. Naturgemäß tauchen bereits allerhand Kombinationen über die Zusammenfügung des neuen Ministeriums auf, die mit großer Vorsicht aufzunehmen sind, besonders bis zu dem Augenblicke, wo der Präsident der Republik wieder nach Paris zurückgekehrt sein wird. Sicher ist nur, daß Waldeck-Roussseau in keinem Falle sich zur Neubildung der Regierung bereit finden lassen wird. Sein Rücktritt ist definitiv. Wie ferner nach zuverlässiger Information feststeht, wird der bisherige Handelsminister Millerand zum Gouverneur von Indochina ernannt werden. Für die Präsidentschaft der Kammer werden die Radikalen voraussichtlich Leon Bourgeois vorschlagen, um vor allen Dingen eine Wiederwahl Deschanel's zu verhindern. Da die Wahl nur provisorisch erfolgt, so schließt sie die Möglichkeit nicht aus, daß Bourgeois in das neue Ministerium eintritt und das Kammerpräsidium dann einem anderen Radikalen überlassen würde.

Am 22. Juni 1899 hatte Waldeck die Zügel der Regierung in die Hand genommen und damals in seiner Erklärung an die Kammer ausgeführt: daß die Kammer entschlossen sei, nur eine Regierung zu halten, die mit Energie die republikanischen Einrichtungen schützen würde, und daß sie damit seinem Kabinett den Weg genau vorgezeichnet hätte. Dies Werk der republikanischen Verteidigung glaubt Waldeck heute ausgeführt zu haben, und damit tritt er freiwillig zurück, nachdem ihm die Neuwahlen in der neuen Kammer ebenfalls eine große Mehrheit gesichert zu haben schienen. Zu diesem politischen Grunde für den Rücktritt kommen persönliche. Waldeck fühlt das Bedürfnis, sich von den Strapazen der dreijährigen Campagne zu erholen und seine namentlich durch den Wagenunfall vom 2. März erschütterte Gesundheit wiederherzustellen.

Das Kabinett Waldeck-Roussseau, eines der eigenartigsten Ministerien, dem noch dazu die kürzeste Lebenszeit vorausgesagt wurde, hat an Langlebigkeit jeden bisherigen Record geschlagen. —

Deutschland.

Berlin, 22. Mai. Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses ist auf den 27. Mai, 12 Uhr mittags, anberaumt worden. Tagesordnung: Polenvorlage.

— Der Kultusminister ordnete an, daß auf allen preussischen Universitäten Anfangskurse im Griechischen für Realabituurienten errichtet werden. —

— Der Kultusminister richtete einen Erlaß an den Ausschuß der Ärztekammern, wonach dieser die Ärztekammern über den Heilwert der Hypnose hören und nach Jahresfrist sich über die Frage äußern soll. —

— Die „Berliner Pol. Nachrichten“ beziffern den den Preussischen Staatsbahnen durch das neue Eisenbahn-Budget in der Vorwoche und Pfingsten über einander Einnahmeausfall auf gut 2 Millionen. —

— Aus Bremerhaven wird berichtet: Dem Vernehmen nach schweben Verhandlungen zwischen der preussischen Regierung und dem bremischen Staat wegen Abtretung von etwa 400 Hektar preussischen Gebietes, die hauptsächlich zur Erweiterung der Bremer Hafenanlagen dienen sollen. —

Die Regelung der gewerblichen Kinderarbeit

beschäftigt auch die gegenwärtig in Chemnitz tagende deutsche Lehrerversammlung. Der um die Bestrebungen zur Einschränkung der Kinderarbeit sehr verdiente Niddorfer Lehrer Konrad U g a h d brachte die Angelegenheit zur Sprache und auf seine Anregung hin sprach die Versammlung der Reichsregierung für die Einbringung des Gesetzentwurfs über die Regelung der gewerblichen Kinderarbeit, ihren Dank aus. Zur Herbeiführung einer baldigen Regelung der landwirtschaftlichen Kinderarbeit gab sie dem Wunsche nach amtlichen Erhebungen Ausdruck. Im Prinzip die Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder verwerfend, fordert sie gemäß ihrer Beschlüsse von 1898 in Breslau für die Uebergangszeit: 1. Das Verbot jeder gewerblichen Beschäftigung der Kinder vor vollendetem 12. Lebensjahre. 2. Ebenso das Arbeitsverbot für ältere Kinder vor Beginn des Unterrichts, sowie nach 6 und 7 Uhr abends und an Sonntagen, sowie das Verbot von Accordarbeit und Doppelbeschäftigung. 3. Kurze Arbeitszeit auch in den Ferien, gänzliches Verbot für bestimmte Betriebe. 4. Baldige Ausdehnung der Bestimmungen auf die Beschäftigung in der Landwirtschaft und in häuslichen Diensten. — Zwar darf man bei diesen Uebergangsforderungen noch nicht stehen bleiben; aber ihre Aufstellung durch die Lehrer bedeutet doch andererseits eine unzweideutige Kritik der Unzulänglichkeiten des Regierungsentwurfs. —

— **Universitäts-Vorlesungen und Presse.** Der stud. phil. Erich Woth, der eine Aeußerung des Professors Schmoller über den Polltarif in einem Privatkolleg über praktische Nationalökonomie in die Presse lanciert hatte, wurde gestern von der 8. Strafkammer des Berliner Landgerichts I wegen Vergehens gegen das Gesetz, betr. das Urheberrecht an Werken der Literatur und Kunst zu 200 Mark Geldstrafe ev. 40 Tagen Gefängnis verurteilt, mit Rücksicht darauf, daß ein grober Verstoß gegen die akademische Sitte und Ordnung vorliege. — Wenn es Herrn Schmoller nicht so unangenehm gewesen wäre, daß er sich privatim so ungeniert über die Herzgenossenschaft des Herrn Bülow und Kompanie ausgelassen hat, so würde es den Radi wohl kaum wegen solcher Lappalie in Bewegung gesetzt haben. —

— **Statt Landtagsabgeordneter Landrat z. D.** Dieser Tage wurde mitgeteilt, daß das Mandat des Landrats von Alten als Mitglied des preussischen Landtages wegen

